

Demokratieimpulse im ländlichen Raum

„Es ist eine Irrlehre, dass es Fragen gibt, die für normale Menschen zu groß und zu kompliziert seien. Akzeptiert man einen solchen Gedanken, so hat man einen ersten Schritt in Richtung Technokratie, Expertenherrschaft, Oligarchie getan. [...] Die Politik ist zugänglich, beeinflussbar für jeden. Das ist der zentrale Punkt der Demokratie.“ (Olof Palme)¹

In Wittenberge, als größter Stadt der südwestlichen Prignitz, wurden schon kurz nach der Wende als Antwort auf Übergriffe auf Flüchtlinge die ersten zivilgesellschaftlichen Aktivitäten entwickelt. Seitdem existieren dort Arbeitskreise zu den Themen Migration und Toleranz, und es wurden gegen einzelne rechtsextreme Aktivitäten Aktionen durchgeführt, zuletzt im April 2014.

Seit 2011 gibt es im sog. Regionalen Wachstumskern (Wittenberge, Karstädt, Perleberg, zuzüglich der Gemeinde Plattenburg) einen Lokalen Aktionsplan (LAP).² Dessen Leitziele wurden benannt: „Im Bereich des RWK (Regionaler Wachstumskern) Prignitz und Plattenburg werden unter dem Motto „Meckern und Mitmachen“ das zivilgesellschaftliche Engagement und eine aktive demokratische Kultur durch aktive Teilhabe und sozialen Zusammen-

¹ Zitiert nach: Hackmack, Gregor: Gefahren des Lobbyismus: Ein Sicherheits-Update für die Politik. Gastbeitrag im Magazin Spiegel online, 23.4.2014, abrufbar: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/lobbyismus-begrenzen-wie-die-politik-aus-der-vertrauenskrise-kommt-a-965652.html> (zuletzt: 23.11.2015).

² Im Jahr 2005 hat die Brandenburgische Landesregierung unter dem Motto „Stärken stärken“ 15 Wachstumskerne (RWK) benannt. Bei diesen handelt es sich um Städte und Gemeinden, die „[...] über besondere wirtschaftliche bzw. wissenschaftliche Potenziale und über eine Mindesteinwohnerzahl verfügen. [...] Durch die RWK sollen die Wachstumskräfte gestärkt, Beschäftigung gesichert und die Fördermittel effizienter eingesetzt werden. Die RWK sollen ferner eine Motorfunktion für ihre Region übernehmen und auf ihr Umland ausstrahlen.“ Quelle: Internetpräsenz der Staatskanzlei Brandenburg, abrufbar: <http://www.stk.brandenburg.de/sixcms/detail.php/bb1.c.138294.de> (zuletzt: 23.11.2015).

Vgl. zum Ansatz der LAP: Regiestelle Vielfalt, gsub – Gesellschaft für soziale Unternehmensberatung (Hg.): Vor Ort Handeln. Für Vielfalt Engagieren. Ihr lokaler Aktionsplan für eine starke Demokratie, Berlin 2010; abrufbar: http://www.biknetz.de/fileadmin/Dokumente/Wissen/Wissensdatenbank/BIK011700212_Infobroschuere_LAP.pdf.

halt gestärkt und gefördert. Die Bürgerinnen und Bürger gehen respekt- und verantwortungsvoll miteinander um und erfahren Anerkennung und Wertschätzung ihres Engagements. Es wird Resignation, Rückzug und Apathie vorgebeugt und somit der Nähr- und Resonanzboden für rechtsextreme und fremdenfeindliche Einstellungen entzogen.“³

Viele Projekte zu den Themen Partizipation, Gestaltung des Lebensraumes, Auseinandersetzung mit demokratischen Werten u. a., die nachhaltig in der Region wirken sollen, wurden finanziell unterstützt. Trotzdem sind einige Menschen in der Region unzufrieden mit der Wahrnehmung von demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten, die sie in der fehlenden Beteiligung der BürgerInnen an kommunaler Gestaltung, im Umgang mit BürgerInnen durch Verwaltungen, in der mangelnden Wahrnehmung des vorhandenen Rechtsextremismus durch PolitikerInnen oder der geringen Wahlbeteiligung sehen. Eine kleine Gruppe dieser Unzufriedenen hat sich erstmals im Herbst 2013 zusammengefunden, um diese Themen zu bearbeiten. Inzwischen ist daraus das Demokratieforum geworden, das sich als offene Diskussionsgruppe für die Region begreift.

In diesem Artikel wird mit Stand von Sommer 2015 beschrieben, wie sich das Demokratieforum entwickelt hat, welche Themen dort behandelt werden, wie die Kommunalpolitik und die Verwaltung das Demokratieforum wahrnehmen und welche Art von Wirkung sich beobachten lässt. Der letzte Abschnitt geht auf die Besonderheiten des Demokratieforums ein.

Unzufriedenheit stand am Anfang

Wie andere Regionen Brandenburgs ist auch die Region Wittenberge konfrontiert mit rechtsextremen Aktivitäten, die von Homepages, Versandhandel, Aktionen zum Todestag von Rudolf Hess, Flyerverteilungen, Schmierereien bis zu Demonstrationen reichen. Es gibt Reaktionen der Politik und von BürgerInnen, z. B. ständigen Informationsaustausch in Arbeitskreisen, eindeutige Gegenaktionen und Projekte, die zum Teil aus Förderprogrammen wie dem LAP (teil-)finanziert werden. In einigen Kommunen haben die Stadtverordneten/ GemeindevertreterInnen Erklärungen zu Toleranz und Demokratie abge-

³ Kurzdarstellung des LAP Prignitz auf der Internetpräsenz des Bundesmodellprogramms „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ (BMFSFJ), abrufbar: [https://www.toleranz-foerdern-kompetenz-staerken.de/das-bundesprogramm/lokale-aktionsplaene/listenansicht/lap_projektseite.html?tx_projectmap_pi1\[project\]=457&tx_projectmap_pi1\[action\]=show&tx_projectmap_pi1\[controller\]=Project](https://www.toleranz-foerdern-kompetenz-staerken.de/das-bundesprogramm/lokale-aktionsplaene/listenansicht/lap_projektseite.html?tx_projectmap_pi1[project]=457&tx_projectmap_pi1[action]=show&tx_projectmap_pi1[controller]=Project) (zuletzt: 23.11.2015).

geben. Rechtsextreme Aktionen wurden aufgelistet und dokumentiert, ohne dass Rechtsextremismus kontinuierlich zum Thema gemacht wird.

Seit 2011 existiert der regionale LAP mit verschiedensten Projekten zur Unterstützung demokratischer Bestrebungen, die sehr gut laufen und viel Anerkennung von PolitikerInnen oder der Verwaltung bekommen. Es stellt sich aber die Frage nach der Nachhaltigkeit der Wirkung der Projekte bei BürgerInnen, PolitikerInnen und Verwaltung. Reicht der LAP oder werden andere unterstützende Maßnahmen benötigt?

InitiatorInnen der Gruppe hörten von der Unzufriedenheit von BürgerInnen mit der mangelnden Einbindung in kommunale Entscheidungen: BürgerInnen äußerten den Eindruck, dass Stadtverordnete/ GemeindevorteilerInnen die Bürgerfragestunden weniger als Unterstützung der Kommunalpolitik verstehen und unterstellte ihnen, sich nur zu ihrem ganz persönlichen Vorteil einzumischen. Bei Fragen an die Verwaltung fühlten sich BürgerInnen oft nicht ernst genommen oder abwertend behandelt.

In Wittenberge und anderen Orten der Prignitz bestehen diverse Arbeitsgruppen, z. B. das Bündnis für Familie, Stadtteilprojekte, der Arbeitskreis Integration, und es gibt eine relativ gut ausgestattete Jugendarbeit. Viele Menschen arbeiten zu gesellschaftlich relevanten Themen, einige haben aber den Eindruck, gesellschaftlich nicht viel bewegen zu können – trotz aller gemeinsamen Anstrengungen in Sachen politischer Partizipation oder Forderung nach Transparenz.

Die Stadtjugendpflegerin aus Wittenberge diskutierte diese Thematik mit dem MBT und berief im Herbst 2013 eine erste Runde zum Thema Demokratieförderung ein.

Die ersten beiden Treffen der Ideenrunde

Die ersten beiden Treffen fanden im Herbst/ Winter 2013 in den Räumen der Stadtverwaltung Wittenberge statt. Teilgenommen haben MitarbeiterInnen aus der Jugendarbeit (Stadtjugendpflege, Jugendsozialarbeit, Kreisjugendring, Jugendamt des Landkreises), der Migrationsberatung, Mitglieder der SPD und der LINKEN und die externe LAP-Koordinatorin. Die Gruppe war zusammengesetzt aus Personen, die beruflich mit der gesamten Thematik befasst waren oder sein konnten (im weiteren „berufliche Akteure“ genannt) und BürgerInnen, die sich politisch engagieren. Die TeilnehmerInnen kamen nicht nur aus Wittenberge, sondern aus der Region.

Gemeinsamer Ausgangspunkt war, dass sich die einzelnen TeilnehmerInnen der Runde an unterschiedlichen Stellen bei der Zurückdrängung von

Rechtsextremismus, der Stärkung des Demokratischen und der Förderung von politischer Partizipation engagieren. Einige spürten nach jahrelangem Engagement eine Frustration und Müdigkeit, weil sie die Wirkungen des Engagements nicht sehen oder in ihrem Engagement belächelt oder ausgebremst wurden bzw. werden. Alle sahen aber die Notwendigkeit, dass an diesen Themen weitergearbeitet werden muss, um Rechtsextremismus und einer drohenden Erosion der demokratischen Kultur der Gemeinden etwas entgegenzusetzen. Darüber konnte jetzt, ohne Zeit- oder Erfolgsdruck – etwa aufgrund angekündigter rechtsextremer Aktionen oder anderer termingebundener Zielsetzungen – in aller Ruhe gemeinsam nachgedacht werden. Die TeilnehmerInnen verstanden sich als lockere Ideenrunde, als Austausch-, Denk- und möglicherweise auch Entwicklungsrunde, die nicht parteipolitisch geprägt ist. Der weite thematische Horizont der Gesprächsrunde wird anhand der Fragen deutlich, die zu Beginn gesammelt wurden:

- Warum sollte sich jemand für das Gemeinwesen engagieren? Was brauchen Menschen, um sich zu engagieren?
- Wieviel ist an ehrenamtlichem Engagement möglich? Wo sind die Grenzen, auch dieser Gruppe?
- Engagiere ich mich eher, wenn ich mich mit dem Ort, in dem ich lebe, identifiziere, also ein starkes Heimatgefühl habe? Was heißt eigentlich Heimat? Was bezeichnen wir aus welchen Gründen als Heimat?
- Was bindet Menschen an ihren Ort, an die Region? Wer geht weg, wer kommt aber auch (wieder) und warum?
- Kann das Thema Heimat offen und öffentlich diskutiert werden oder haben die Rechtsextremen den Begriff so vereinnahmt, dass man in ihre Nähe gerückt wird? Wie kann dann der Begriff Heimat zurückerobert werden?
- Wer nimmt, außer Polizei, Antifa und einigen BürgerInnen, überhaupt wahr, was sich im Bereich Rechtsextremismus tut?
- Was ist eigentlich im Bereich Fußball los? Was passiert bei regionalen Spielen? Wer kümmert sich hier um rechtsextreme und rassistische Tendenzen, die wahrnehmbar sind bei Spielern, Fans aber auch bei Schiedsrichtern? Wie wird das unterstützende Angebot des Sportbundes bzw. der Sportjugend wahrgenommen?
- Wie stellt sich die Situation bei der Feuerwehr dar?
- Wer aus der Bevölkerung nimmt an Demonstrationen der Rechtsextremen teil? Wer ist bei den Gegendemonstrationen dabei? Was sind die jeweiligen Absichten der Teilnehmenden?

- Kann ich noch angstfrei leben, wenn ich mich offen gegen Rechtsextremismus engagiere? Mit welchen Gefährdungen könnte auch mein Umfeld konfrontiert sein?
- Wie notwendig ist ein Arbeitskreis zum Thema Rechtsextremismus in der Prignitz? Wie groß könnte oder müsste der Arbeitskreis sein, um Wirkung zu erzielen? Wären einzelne kleinere Arbeitskreise arbeitsfähiger?
- Welche Themen besetzen die Rechtsextremen/ NPD/ AfD, die die demokratischen Parteien in dieser Weise nicht besetzen? Welche Themen sind rechtsextrem-affine Themen? Sind das die Themen Arbeitslosigkeit, Demografie, Asyl, Bildung?
- Was sagen uns die Ergebnisse der letzten Bundestagswahl? Wie sehen die Ergebnisse in den einzelnen Wahllokalen aus, und was sagt das möglicherweise über die Einstellungen der BürgerInnen dort aus? Wieso ist die NPD in Wittenberge ohne Wahlwerbung viertstärkste Partei geworden? Was bedeutet das Ergebnis für die nächsten Wahlen? Wie viele ErstwählerInnen gibt es überhaupt, und wem geben sie i.d.R. ihre Stimme?
- Wie kann man BürgerInnen, MandatsträgerInnen und VerwaltungsmitarbeiterInnen verdeutlichen, dass „Gegen Rechtsextremismus“ untrennbar verknüpft ist mit „Für Demokratie“ – und umgekehrt?
- Wie weit können demokratische Parteien etwas gemeinsam gegen Rechtsextremismus unternehmen, ohne sich zu streiten?
- Was und wie viel wissen BürgerInnen über Demokratie, demokratische Verfahren usw? Was und wie viel wissen MandatsträgerInnen oder MitarbeiterInnen der Verwaltung? Wie kann man Menschen für die demokratische Ideen begeistern? Können Planspiele zur Kommunalpolitik hier unterstützen?
- Wie können junge Menschen mit demokratischen Verfahren vor Ort in Kontakt gebracht werden? Wie wichtig sind Kinder- und Jugendparlamente? Wer will sie (nicht) und warum?
- Ist ein „Demokratieentwicklungsplan“ mit Handlungsempfehlungen erforderlich, mit dem die MandatsträgerInnen und die Verwaltung arbeiten können? Was würde so ein Plan eventuell unterstützen, was aber auch verhindern? Wer könnte so einen Plan überhaupt erarbeiten?
- Gibt es Beschreibungen zu Rechtsextremismus und auch demokratischer Verfasstheit zu den Orten und der Region? Wie sehen die Beschreibungen aus und was sagen sie aus? Was lässt sich daraus entwickeln? Haben die Beschreibungen die Punkte, die diese Runde für eine Stärkung des Demokratischen als notwendig erachtet, berücksichtigt?
- Wie gestaltet man den Spagat zwischen dem Schließen von Wissenslücken (Kopf) und Veränderung von (Vor-) Urteilen, die z. B. auch durch Erfahrungen entstanden sind (Bauch)?

- Sind für die Bearbeitung all dieser Fragen eine Strategie und eine Struktur erforderlich? Wenn ja, welche?

Der Katalog von Fragen und Themen, die alle für bearbeitungsbedürftig hielten, bewegt sich zwischen den beiden Polen einer kritischen Auseinandersetzung mit verschiedenen rechtsextremen Phänomenen einerseits und einem bestimmten Verständnis über die Förderung von Demokratie. In diesem Verständnis gehört die Zurückdrängung von Rechtsextremismus klar zur Demokratieförderung. Aber zugleich ist mit Demokratieförderung mehr gemeint als die Abwehr von Antidemokraten und der rechtsextremen Ideologie. Die Kenntnis demokratischer Verfahren und die Einübung demokratischer Praxis werden als Aufgabe betrachtet, die auch unabhängig von den rechtsextremen Herausforderungen aktuell ist.

Fazit nach dem zweiten Treffen war, dass alle an der gesamten Thematik in aller Ruhe weiterarbeiten wollen. Die Mitglieder der Ideenrunde fühlten sich mit ihren Fragen, Gedanken und Ideen sehr gut aufgehoben und untereinander angenommen. Einige hatten Rechercheaufgaben übernommen, erste Ideen für das Jahr 2014 waren andiskutiert, VertreterInnen aus anderen Bereichen, z. B. Sport und Kirche sollten für die Runde gewonnen werden. Das nächste Treffen wurde für Januar 2014 vereinbart. Das MBT sollte die Ideenrunde weiter begleiten und unterstützen.

Die Gruppe übernimmt eine konkrete Aufgabe

Anfang Januar 2014 wurde Wittenberge mit der Ankündigung einer rechtsextremen Demonstration für Anfang April konfrontiert, die von den „Freien Kräften Neuruppin“ angemeldet wurde. Wie auch in anderen Orten stellte sich in Wittenberge die Frage, ob Gegenprotest gewollt ist und wer ihn in welcher Weise organisieren könnte. Es gab zu diesem Zeitpunkt kein zivilgesellschaftliches Bündnis, das diese Aufgabe federführend hätte übernehmen können. Die Frage, ob sich ein derartiges Bündnis in aller Eile neu etablieren könnte oder ob die Ideenrunde für diese Aufgabe wie geschaffen ist, stand für die Mitglieder der Gruppe aber auch für die Stadtverwaltung, im Raum.

Die Gruppe verständigte sich schnell über diese mögliche neue Aufgabe, zumal sich ohnehin alle bei Gegenprotesten beteiligt hatten und setzte sich mit dem Bürgermeister ins Benehmen, um die Koordinierung der Gegenproteste zu übernehmen. Das bedeutete nun allerdings, dass die Bearbeitung der weiter gefassten Fragen nach Demokratieförderung zurückgestellt werden und man sich auf die Vorbereitung von Gegenaktionen konzentrieren musste.

Auch mit der Ruhe und Gelassenheit war es zunächst vorbei. Das MBT hat den Prozess beraten, unterstützt und begleitet.

Der kleine erste Kreis der Ideenrunde wurde erweitert durch Mitglieder aus dem Sport, der Kirche und der Antifa, z.T. saß die örtliche Polizei mit am Tisch. Aus der Gruppe, die sich locker und freiwillig traf, wurde ein „differenziertes Zweckbündnis“, in dem sich Laien, berufliche Akteure aus diversen Bereichen und politische Funktionsträger zusammenfanden.⁴ Als Ziel wurde ein „Fest der Toleranz“ vereinbart, um dem Protest gegen die rechtsextreme Demonstration eine Form zu geben; alle Ressourcen wurden gebündelt und Verantwortlichkeiten verteilt. Das Zusammenspiel zwischen allen Beteiligten funktionierte recht gut.

Bei mehreren Treffen bis zum April 2014 wurden die verschiedenen geplanten Aktionen besprochen und koordiniert; das Engagement vieler BürgerInnen war groß. Bei öffentlichen Veranstaltungen wurden die Planung für das „Fest der Toleranz“ vorgestellt, neue Ideen gesammelt aber auch viele Fragen beantwortet, z.B. nach Finanzierungen oder der Sicherheit für die BürgerInnen am Demonstrationstag. Für die nun zur Koordinierungsgruppe gewordene Ideenrunde eröffneten sich neue Lernfelder, z.B. die bei Versammlungsanmeldungen üblichen Kooperationsgespräche mit Versammlungsbehörde und Polizei, der Umgang mit der Presse, Akquise von Finanzen und auch die Diskussionen mit BürgerInnen oder PolitikerInnen, die von den zivilgesellschaftlichen Gegenaktionen zum Teil nicht begeistert waren. Es war für die Ideenrunde insgesamt eine große Herausforderung, die Anspannung war an manchen Stellen deutlich zu spüren, denn der Protest sollte ja ein Erfolg für die Stadt werden!

Am 5. April 2014 demonstrierten ca. 200 Rechtsextreme in der Stadt. Die BürgerInnen konnten ihre Stadt mit einem bunten „Fest der Toleranz“ und einem lautstarken Protest entlang der Marschroute der Rechtsextremen „verteidigen“, wie es eine Zeitung beschrieb. Nach einem Auswertungstreffen kehrte die Ideenrunde dann zu ihrem eigentlichen Anliegen zurück.

⁴ Die wissenschaftliche Begleitforschung zum Bundesmodellprogramm „CIVITAS – initiativ gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern“ erarbeitete anhand der Analyse unterschiedlicher bürgerschaftlicher Netzwerke zwei Varianten von Vergemeinschaftungskonzepten. Der „Gemeinschaft von Gleichen“, die sich über moralische Verbundenheit konstituiert, wird das Konzept der „differenzierten Zweckbündnisse“ entgegengestellt, in dem sich die Mitglieder über interessengetriebene Verantwortlichkeit zusammenfinden, darüber Integration von Differenz bewerkstelligen und so strategische Handlungsfähigkeit und Konfliktkompetenz ausbilden (Palloks, Kerstin/ Steil, Armin (2008): Von Blockaden und Bündnissen: Praxismaterialien zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus im Gemeinwesen, Weinheim und München, S. 74 ff.).

Selbstvergewisserung des ursprünglichen Anliegen

Anfang Mai 2014 verständigte sich die Ideenrunde – weiterhin in der erweiterten Besetzung – über die Frage, zu welchem Zweck sie ursprünglich zusammengekommen war: Wie wird Demokratie vor Ort gelebt? Dazu gehört auch die Diagnose des Rechtsextremismus in der Region.

Alle hatten die Erfahrung gemacht, dass sich viele BürgerInnen beim „Fest der Toleranz“ engagiert hatten und sich weiter engagieren wollen – allerdings nicht in kontinuierlicher Weise und nur mit wenig zeitlichem Aufwand. Wie konnte diese „Motivationswelle“ genutzt werden, welche Themen würden die BürgerInnen ansprechen? Könnte es das Thema „70 Jahre Kriegsende“ sein, zu dem einige Jahre zuvor bereits Etliches zusammengetragen worden war? Die Runde verständigte sich darauf, dieses Thema für das Jahr 2015 anzugehen, weil es inhaltliche Perspektiven für verschiedene Gruppen bietet, z. B. für SchülerInnen, für SeniorInnen, aber auch für die Kommunalverwaltung oder für HistorikerInnen.

Ungeachtet der Entscheidung für dieses Thema wurde deutlich, dass die Fragen der Runde nach wie vor ein weites Feld umfassen. Die Beschäftigung mit dem Rechtsextremismus ist dabei eingelagert in die weitergehende Frage nach dem Zustand der bundesdeutschen Parteiendemokratie im Allgemeinen und den kommunalpolitischen Zuständen in der Region.

Sehr deutlich nimmt die Gruppe das Misstrauen der BürgerInnen in die Parteiendemokratie wahr und stellt sich selbst die Frage, wie weit diese Art der Demokratie noch die Interessen der BürgerInnen vertritt. Wenn ein Teil der Bevölkerung nicht mehr an die Demokratie glaubt, werden dann z. B. Mehrheitsentscheidungen noch akzeptiert oder suchen sich die BürgerInnen kleine Randgruppen, um ihre Entscheidungen lautstark zu vertreten? Ist es das, was bei den „Pegida“-Veranstaltungen gesucht und eventuell auch gefunden wird? Was können die demokratischen Parteien tun? Haben sie das im Blick bzw. wollen und können sie das bearbeiten? Warum haben die „Pegida“-Veranstaltungen eine so große Anziehungskraft, auch für BürgerInnen aus der Region?

Warum engagieren sich so wenige Menschen in demokratischen Parteien und treten lieber als EinzelbewerberIn oder als Wählergemeinschaften zu Wahlen an? Es ist bekannt, dass die Zahl der EinzelbewerberInnen und der Wählergemeinschaften bei den letzten Wahlen noch einmal angestiegen ist und mittlerweile in einigen Orten die demokratischen Parteien in den kommunalen Vertretungen in der Minderheit sind; andererseits ist unsere Demokratie aber an ein Parteiensystem gekoppelt. Wer wird im ländlichen Raum eigentlich gewählt? Kann man von einer Personenwahl sprechen – wobei auch Rechtsextreme gewählt werden, wenn sie im Dorf integriert sind, sich enga-

gieren, sich um die Belange der Dorfgemeinschaft kümmern? Verwiesen wird auf ein Dorf, in dem drei bekannte Personen seit Jahren NPD wählen; mehr Stimmen erhält die NPD dort aber auch nicht. Ist das akzeptabel oder sollte das in dem betreffenden Ort zum Thema gemacht werden? Im Amt Lenzen sind in einem Ortsteil zwei Personen in den Gemeinderat gewählt worden, die über „Wir von Hier“ kandidiert haben. Wissen die EinwohnerInnen, dass es sich dabei um eine rechtsextrem orientierte Gruppe handelt? Oder wurden die jungen Männer gewählt, weil sie im Ort integriert sind und die politische Orientierung der Kandidaten ausgeblendet wurde? Woran liegt es, dass die NPD in Wittenberge bei der letzten Kommunalwahl viele Stimmen bekommen hat? Erfahren die Themen der NPD Zuspruch? Sind es die Kandidaten der NPD? Fühlen sich die BürgerInnen durch die NPD eher wahrgenommen als durch die demokratischen Parteien?

Welche Wirkung hat es auf mein Umfeld, wenn ich mich z. B. auf dem Fußballplatz mit einem Rechtsextremen unterhalte, mit dem ich zu Schulzeiten befreundet war? Muss ich mich von ihm so weit distanzieren, dass ich ihn nicht mehr grüße, um nicht selbst in die Nähe einer rechtsextremen Orientierung gerückt zu werden? Wie viel Abstand kann ich im ländlichen Raum zu einem Rechtsextremen haben, wenn ich weiß, dass dieser Rechtsextreme im Ort als Person sehr anerkannt ist? Ist es ausreichend, meine Position zu vertreten, dass rechtsextreme Ideologie und demokratische Grundüberzeugungen nicht zueinander passen? Ab wann gehöre ich dann nicht mehr zur „Wir-Gruppe“ eines Ortes oder eines Vereins oder eines Wohnblocks? Will ich diese Diskussionen in meinem sozialen Nahfeld wirklich führen, oder engagiere ich mich lieber außerhalb meines Ortes oder in meinem beruflichen Umfeld?

Gerade der letzte Frageblock zeigt, dass zum Thema Rechtsextremismus nicht nur objektive regionale und lokale Diagnosen gesucht werden. Es gibt auch persönliche Verhaltensunsicherheiten, die sich aus der politischen Positionierung einerseits und teils seit Jahrzehnten bestehenden sozialen Beziehungen andererseits ergeben. Die Runde dient somit auch der Diskussion und der Reflektion, um eine individuelle Orientierungssicherheit zu gewinnen.

Den TeilnehmerInnen der Ideenrunde war klar, dass sie die großen Fragen nicht sofort und grundsätzlich bearbeiten können. Sie konnten sie aber in ihr Umfeld mitnehmen, dort weiter diskutieren und so zunächst die Wahrnehmung für diese gesellschaftlich wichtigen Fragen schärfen. Anhand der Reaktionen ließ sich gewissermaßen testen, ob es Fragen sind, die auch andere interessieren und wo es eventuelle Anknüpfungspunkte bei anderen gibt. So wurden die Themen der Runde als Diskussionsthemen nach außen getragen, quasi als Schneeballeffekt, ohne dass gleich Antworten auf die Fragen angeboten werden sollten oder gefunden werden mussten.

Die Ideenrunde arbeitete also wieder wie zu Beginn: Den Fragen und der Diskussion wurde Zeit eingeräumt, allen wurde zugehört und es ging nicht primär darum, Antworten oder sofortige Lösungen zu finden. Alle äußerten sich sehr zufrieden mit dieser Vorgehensweise. Einige hatten Aufgaben bis zum nächsten Treffen übernommen, z. B. zum Thema „70 Jahre Kriegsende“ Kontakt zu Interessengruppen aufzunehmen oder einen Blick auf die Aktivitäten der Rechtsextremen vorzubereiten.

Das Demokratieforum findet sich und nimmt die Arbeit auf

Die Ideenrunde war weiter in der Such- und Findungsbewegung. Die TeilnehmerInnen wurden in ihrem privaten und beruflichen Umfeld – Verwaltung, Partei, Jugendarbeit – gefragt, woran sie in der Runde arbeiten. Man hatte die Themen und den Stil der internen Arbeit nicht an die große Glocke gehängt, um Erwartungs- und Ergebnisdruck zu vermeiden. Inzwischen waren andere Menschen neugierig geworden auf die Themen der Gruppe. Die beruflichen Akteure mussten überdies ihren Vorgesetzten Bericht erstatten. Deshalb stellte sich erneut die Frage nach der Ausrichtung und der Zielsetzung der Gruppe, weshalb sich die inhaltlichen Diskussionen noch einmal verschoben.

Gemeinsam wurde erarbeitet, dass die Gruppe sich nicht mehr nur als Denk- und Ideenrunde verstehen will, sondern sich als Diskussionsgruppe zum Thema Demokratie in all seinen Facetten begreift. Ein Name wurde gesucht, der das nach außen deutlich macht: Das „Demokratieforum“ soll offen sein für alle, die mitdiskutieren und sich für die demokratische Verfasstheit der Region einsetzen wollen. Die Gruppe legte fest, dass es keine/n SprecherIn geben soll, dass die Themen immer gemeinsam gefunden werden, dass die TeilnehmerInnen aus der Verwaltung und der Politik weiterhin Bestandteil der Gruppe sein sollen und dass auch außerhalb von Wittenberge getagt werden soll, um die gesamte Region einzubinden. Mit diesem Schritt wurde das Demokratieforum zu einer wahrnehmbaren Größe mit Ideen und Positionen sowie einer verbindlichen Arbeitsweise mit monatlichen Treffen. Die Runde umfasste zwischen zehn und fünfzehn Personen, warb zudem um Interessierte. Alle verstehen sich auch als MultiplikatorInnen in ihren jeweiligen (beruflichen) Gruppen.

Die Planung der inhaltlichen Themen für das zweite Halbjahr 2014 wurde besprochen. Die Kombination des konkreten Themas Rechtsextremismus mit dem allgemeinen Demokratiethema wurde beibehalten: Der Blick auf die Aktivitäten der Rechtsextremen wurde als Bestandteil für alle Treffen festgelegt, um zu wissen, was in der Region los ist und eventuell Gegenstrategien entwickeln zu können.

Die TeilnehmerInnen der Runde diskutierten die Frage, wie die Themen identifiziert werden können, die die BürgerInnen wirklich bewegen: Wie nimmt man Verbindung auf zu denjenigen, die man nicht immer wieder auf Veranstaltungen trifft und die manchmal als diejenigen bezeichnet werden, die sich von der Demokratie abgewendet haben? Wer hat in der Region überhaupt (professionellen) Zugang zu diesen BürgerInnen?

Eine Idee war, sich die Erfahrungen der Wohnungsbaugenossenschaft, die auch Nachbarschaftstreffs hat, anzuhören und deren Geschäftsführer in die Runde einzuladen. Das wurde im Winter 2014 realisiert. Der Geschäftsführer berichtete sehr anschaulich, wie die Wohnungsbaugenossenschaft (WBG) sich die Sorgen und Wünsche ihrer MieterInnen anhört, z. B. in Sprechstunden oder auch bei Besuchen in deren Wohnung. Manchmal werden aus Wünschen, die die Allgemeinheit betreffen, Eingaben für die Stadtverordnetenversammlung (SVV). Denn je dichter das Thema an den BürgerInnen ist, umso mehr Engagement entwickelt sich bei ihnen, so eine seiner Feststellungen. Die BürgerInnen brauchen oft Begleitung und manchmal die Ermutigung, dass sie ihre Meinung offen und auch öffentlich sagen können. Das kostet Zeit, die die Wohnungsbaugenossenschaft gern investiert. Ständige Meckerer z. B. können auf den Weg hin zu aktiv Handelnden gebracht werden, wenn sie bei Eingaben an die SVV unterstützt werden. Der Geschäftsführer selbst favorisiert ein Quartiersmanagement, das dicht an den Fragen und Problemen der BürgerInnen dran ist. Für die Mitglieder des Demokratieforschums ergaben sich weitere Fragen:

Wie kann sicher herausgefunden werden, was BürgerInnen – außerhalb der WBG-Themen – von Politik und Verwaltung wollen? Wo brauchen sie Unterstützung, die sie in ihrem Engagement begleitet? Wie können sie eine Wirkung ihres Engagements spüren? Wie können (und müssen) die PolitikerInnen das Gespräch mit den BürgerInnen suchen und etablieren? Wie kann die Verwaltung deutlich machen, dass sie für die BürgerInnen da ist; wie kann diese Haltung auch innerhalb der Verwaltung implementiert werden? Könnte ein/e „PartizipationsmanagerIn“ in den Kommunen hilfreich sein?

Das Treffen mit dem Geschäftsführer der WBG hatte zusätzlich den Effekt, dass er in seiner Funktion als Vorsitzender der SVV in Wittenberge das Demokratieforschum kennen lernen und auch Themen in die Kommunalpolitik mitnehmen konnte.

Anfang 2015 beschäftigte sich das Demokratieforschum zunächst noch einmal ausführlich mit der Entwicklung und den Zielen von „Pegida“, auch vor dem Hintergrund der zunehmenden Zuwanderung von Flüchtlingen in die Prignitz. Allen in der Runde war bewusst, dass Zuwanderung überall das Hauptthema der nächsten Zeit sein wird.

Für Rechtsextreme ist es derzeit das zentrale Thema, wie sich an der Zunahme der Demonstrationen, Schmierereien und Flugblättern in der Region deutlich ablesen lässt. Der so genannte „Tag der deutschen Zukunft“ der Rechtsextremen im Juni 2015 in Neuruppin beschäftigte alle. Einige Mitglieder des Demokratieforums hatten sich den Gegenprotesten angeschlossen und berichteten von ihren Erfahrungen. Allen war die hohe verbale Aggressivität der Rechtsextremen gegenüber Flüchtlingen aufgefallen, die sich u. a. auch in Facebook-Posts aus der Prignitz wiederfindet. Über diese Art der Kommunikation im Internet, hinter der eine fremdenfeindliche und menschenverachtende Haltung steht, muss informiert werden. Es muss sehr deutlich dagegengesetzt werden, dass Menschen ein Grundrecht auf Asyl und menschenwürdige Aufnahme haben, damit nicht nur die Meinungen der ZuwanderungsgegnerInnen im Raum stehen. Hier sind alle gefragt! Und hier gibt es noch sehr viel zu tun. Darüber sind sich alle Beteiligten sehr einig. Einige posten z. B. Gegenmeinungen auf Facebook, andere machten ihr Umfeld auf die hohe Aggressivität aufmerksam und befördern damit die Auseinandersetzung – es wird darüber gesprochen.

Mittlerweile hat das Bundesministerium für Frauen, Familien, Senioren und Jugend (BMFSFJ) ein neues Förderprogramm aufgelegt. Das Programm „Demokratie leben. Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“, das seit Januar 2015 läuft, spricht nicht mehr von LAPs und hat stattdessen den Begriff von lokalen „Partnerschaften für Demokratie“ geprägt.⁵ Das Demokratieforum wird von der Koordinatorin der lokalen „Partnerschaft für Demokratie“ als Vordenkerrunde für dieses Programm angesehen, denn viele Themen der Runde sind auch die Themen des Programms, z. B. die Stärkung der politischen Partizipation. Damit hat das Demokratieforum eine Funktion im Zusammenhang des neuen Förderprogramms erhalten. Die damit verbundene Anerkennung und Aufwertung ist allerdings auch verbunden mit einer verstärkten Anbindung an das Themenfeld Rechtsextremismus. Dadurch besteht die Gefahr, die Aspekte der Demokratieförderung, die über die kritische Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus hinausgehen, zu vernachlässigen. Doch das Demokratieforum hält die Balance: Bislang existierten keine – der Runde bekannten – kommunalen Situationsbeschreibungen zu rechtsextremen Aktivitäten, sondern nur Lagebilder der Polizei. Nun werden in der Runde Beschreibungen der rechtsextremen Aktivitäten und auch der einschlägig öffentlich bekannten rechtsextremen Aktivisten für Wittenberge

⁵ Vgl. dazu die web site des BMFSFJ (zuletzt: 19.8.2015) <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Freiwilliges-Engagement/demokratiefoerderung-extremismuspraevention.html>.

und die Region erstellt. Vernetzungen mit rechtsextremen Gruppen aus anderen Landkreisen und Bundesländern werden darin ebenso deutlich wie die verfolgten Strategien. Ein Effekt ist, dass dadurch alle auf dem gleichen Wissensstand sind und die Beschreibungen in ihrem Umfeld bei Bedarf kommunizieren können.

Außerdem werden Projekte weitergedacht, begleitet oder auch durchgeführt, z. B. „70 Jahre Kriegsende“ oder die Entstehung von Jugendforen. Die Ideen werden von den Mitgliedern in ihre (beruflichen) Bezüge rückgekoppelt und dort weiter diskutiert bzw. umgesetzt.

Die Besonderheit des Demokratieforums

Das Demokratieforum hat sich nicht aus einem drängenden, von außen gesetzten Anlass gegründet, wie manche zivilgesellschaftlichen Bündnisse in anderen Regionen Brandenburgs. Es versteht sich als offene Denkrunde zur Förderung der demokratischen Entwicklung. Dazu gehören alle Themen, die diese Entwicklung unterstützen oder einschränken.

Das Demokratieforum tauscht Informationen aus, diskutiert gesellschaftliche Strömungen in der Region sowie eigene Beobachtungen, entwickelt Ideen, die in anderen Bereichen weiterdiskutiert werden und kann bei Bedarf als Aktionsgruppe fungieren. Insofern kann hier auf den ersten Blick von einem Fall von Bürgerbeteiligung gesprochen werden: „... Bürgerbeteiligung (unterliegt) drei Voraussetzungen: erstens der Aufnahme und Verarbeitung von Informationen, zweitens dem Austausch und Debattieren von Meinungen und Überzeugungen sowie drittens dem gemeinsamen Handeln. Damit es allerdings wirklich zu einem gemeinsamen Handeln kommt, müssen die Menschen auch von der Sinnhaftigkeit und der Wirksamkeit ihres Handelns überzeugt sein.“⁶ Die gemeinsam erarbeiteten Aktivitäten am 5. April 2014 als Gegenaktion zur rechtsextremen Demonstration sind ein Beispiel dafür.

Auch die basalen Werte und die Ziele des Demokratieforums entsprechen gängigen Auffassungen eines demokratischen Bürgerengagements. Die TeilnehmerInnen der Runde wollen, dass die demokratischen Grundwerte gelten. „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ – diese Norm soll nicht allein das staatliche Handeln binden, wie es im Grundgesetz vorgeschrieben ist. Sie wollen, dass dieser Satz für alle Menschen im Umgang miteinander gilt: in

⁶ Hackmack, Gregor (2014): Demokratie einfach machen. Ein Update für unsere Politik, Hamburg, S.75.

der Nachbarschaft, im Sportverein, in der Verwaltung, in den demokratischen Parteien oder im Umgang mit ZuwanderInnen.

Arbeitsweise und Themenauswahl sind ebenfalls typisch für Bürgerengagement: Die Gruppe trifft sich in ca. monatlichen Abständen und sorgt so für eine Kontinuität auch bei der persönlichen Begegnung, die für die inhaltlichen Diskussionen notwendig ist. Alle gehen vertrauensvoll miteinander um, jede Meinung ist wichtig, wird gehört und diskutiert.

Die Mischung der beiden großen Themenfelder, wie sie oben dargestellt wurde, wird voraussichtlich keine Ermüdungserscheinungen aufkommen lassen, wie dies manchmal bei Initiativen zu beobachten ist, die sich ausschließlich gegen rechtsextreme Aktivitäten engagieren. Das Demokratieforum versteht es, das konkrete Thema der Rechtsextremismusabwehr in das umfassende und komplexe Feld der Demokratieentwicklung zu integrieren.

Eine Besonderheit des Demokratieforums ist, dass sich hier nicht allein engagierte BürgerInnen treffen, die sich in ihrer Freizeit Gedanken um ihr Gemeinwesen machen oder gemeinsam Aktionen durchführen. Die Teilnehmenden des Demokratieforums sind vielmehr BürgerInnen und berufliche Akteure, die sich dort nicht nur aus beruflichem Interesse engagieren, sondern auch von einer ethischen Motivation geleitet sind. Sie wollen – auch unabhängig von ihrem beruflichen Tätigkeitsfeld – etwas für ihre Kommune und für die Region tun. Derzeit nehmen ca. ein Drittel BürgerInnen und ca. zwei Drittel Beschäftigte des öffentlichen Dienstes oder freier Träger aus der Region an den regelmäßigen Sitzungen des Demokratieforums teil. Dabei sehen sich die beruflichen Akteure in einer Doppelfunktion: BürgerIn und beruflich Zuständige, wobei es dabei für sie keine Abgrenzung in der ethischen Haltung gibt und sie die Runde in der inhaltlichen Ausrichtung auch nicht dominieren. Der Vorzug dieser gemischten Zusammensetzung aus abgeordneten beruflichen Akteuren und BürgerInnen liegt auf der Hand: Ihre Überlegungen und Impulse können rasch Eingang finden in den professionellen Bereich der Jugendsozialarbeit sowie der Kommunalpolitik und -verwaltung.

Die Anbindung an die kommunalen Verwaltungen und an die Landkreisverwaltung zeigt sich derzeit vor allem beim Thema Zuwanderung und den sich daraus ergebenden Fragen der Einbeziehung der Bevölkerung. Hier können die Mitglieder des Demokratieforums z. B. von den Erfahrungen anderer Kommunen berichten, sich austauschen und den Diskussionsstand wieder in ihre Kommune/Verwaltung mit zurücknehmen.

Eine Idee des Demokratieforums war, sich an unterschiedlichen Orten in der Region zu treffen, damit auch BürgerInnen anderer Kommunen eher die Möglichkeit haben, sich zu beteiligen und auch alle Mitglieder gleichermaßen Fahrzeiten haben. Das ist bisher noch wenig geschehen. Ein Grund ist die

Befürchtung, dass die Runde zu groß werden könnte. Nicht alle kennen sich, eine vertrauensvolle inhaltliche Diskussion, in der man auch mal „Ungefiltertes“ äußern kann, wird durch wechselnde Mitglieder erschwert. Hier liegt ein neuralgischer Punkt für die Gestaltung der Runde – auch wenn sie offen für alle sein will. Nachgedacht wurde bereits über regionale Gruppen, man hat sich vorerst dagegen entschieden. Die Frage nach den unterschiedlichen Orten ist noch nicht abschließend besprochen.

Ein anderer Aufmerksamkeitspunkt ist die Ausrichtung der Treffen. Bei der Themenvielfalt werden viele Informationen ausgetauscht, so dass dann die Zeit für inhaltliche Diskussionen knapp wird. Aus dieser Erfahrung heraus wird für das nächste Treffen i.d.R. auch ein inhaltliches Thema geplant, das von einem Mitglied vorbereitet wird.

Eine weitere Frage ist, wie viel (professionelle) Leitung das Demokratieforum braucht. Zurzeit hat hauptsächlich eine Teilnehmerin die Diskussionsleitung, die Wittenberger Verwaltung stellt Räume zur Verfügung und unterstützt auch logistisch. Das funktioniert sehr gut. Die Mitglieder der Runde haben von sich aus noch nicht den Wunsch geäußert, dies zu ändern. Im Sinne der gleichberechtigten Partizipation kann man aber darüber nachdenken, ob z. B. die Diskussionsleitung nicht wechseln kann – auch, um die Arbeitsbelastung gleichmäßiger zu verteilen.

Wir als MBT begleiten das Demokratieforum kontinuierlich, versorgen die TeilnehmerInnen mit Informationen zu rechtsextremen Aktivitäten und Strategien, die für die Region bedeutsam sein können und beraten bei konkreten Fragen. Wir berichten von Erfahrungen der Einbeziehung von BürgerInnen aus anderen Kommunen, insbesondere beim derzeit wichtigen Thema Zuwanderung. Wir geben mit unserem Blick von außen auf die Region weitere Aspekte in die Diskussionen und stellen Fragen, vor allem nach der Wirkung von Ideen und deren Umsetzung. Wir erzählen in anderen Runden von dem Demokratieforum als einer Möglichkeit des bürgerschaftlichen Engagements und schauen mit großem Interesse auf die weitere Entwicklung.

Auch wenn die Runde nicht von den beruflichen Akteuren dominiert wird, kann aufgrund der gemischten Zusammensetzung nicht von einem bürgerschaftlichen Engagement im engeren Sinn des Begriffs gesprochen werden: Es sind ja gerade nicht BürgerInnen, die sich allein in ihrer Bürgerrolle zusammenfinden, sondern auch Personen, die während ihrer Erwerbsarbeitszeit an den Treffen teilnehmen und gegenüber ihren Arbeitgebern berichtspflichtig sind. Bürgerschaftliches Engagement ist demgegenüber allein an die Bürgerrolle gebunden: Von der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ wurde das bürgerschaftliche Engagement definiert „als eine sozial wie politisch integrierende Tätigkeit, die in der Einstellung von

Bürgerinnen und Bürgern eines politischen Gemeinwesens wurzelt. Bürgerinnen und Bürger nehmen Verantwortung im öffentlichen Raum wahr und bringen sich in die Gestaltung des Gemeinwesens in der ganzen Breite der Engagementbereiche [...] ein: ‚Entscheidend ist, dass Bürgerinnen und Bürger sich wechselseitig als solche anerkennen. Sie sind Mitglieder einer politischen Gemeinschaft, die vielfältige Formen und Assoziationen des bürgerschaftlichen Engagements umfasst. [...] Bürgergesellschaft (ist) das Leitbild des bürgerschaftlichen Engagements. Bürgergesellschaft beschreibt ein Gemeinwesen, in dem die Bürgerinnen und Bürger auf der Basis gesicherter Grundrechte und im Rahmen einer politisch verfassten Demokratie durch das Engagement in selbst organisierten Vereinigungen und durch die Nutzung von Beteiligungsmöglichkeiten die Geschicke des Gemeinwesens wesentlich prägen können.‘⁷

Über die Frage, ob man die eigene Aktivität im Demokratieforum als „bürgerschaftliches Engagement“ versteht, ist innerhalb der Runde bislang nicht ausdrücklich diskutiert worden. Es scheint den Konsens zu geben, dass in der Runde die Bürgerrolle und nicht die Berufsrolle die maßgebliche ist. Ob dieser Konsens trägt, ist indes nicht allein von den Mitwirkenden im Demokratieforum abhängig. Sobald PolitikerInnen oder die Verwaltung dem Demokratieforum Aufgaben übertragen, die nicht auch aus dem Kreis selbst definiert werden, wäre das vermutlich das Ende dieser offenen Runde mit all ihrer Themenvielfalt und der gelassenen und ruhigen Diskussion. Das Demokratieforum wäre dann ein Fachnetzwerk, wie es etliche andere in der Region bereits gibt, und für einige würde sich vermutlich die Frage nach ihrem weiteren Engagement in der Runde stellen.

Die jetzige Praxis, sich ohne Druck, ganz in Ruhe, gleichberechtigt, interessiert aneinander und den Meinungen und Ansichten Anderer mit einem Grundpfeiler des demokratischen Zusammenlebens, dem bürgerschaftlichen Engagement, zu beschäftigen, scheint überaus sinnvoll zu sein – sowohl für die Mitglieder des Demokratieforums selbst als auch für die jeweiligen Kommunen und den Landkreis Prignitz. Langjährige Erfahrungen in der Arbeit mit BürgerInnen, unterschiedliche Ressourcen, Ideen, die auch über den Tellerrand des eigenen Projektes und der eigenen Kommune hinausreichen, Visionen für die Gestaltung eines Gemeinwesens, in dem alle gleichermaßen ihren Platz haben und zufrieden leben – was kann sich eine Region mehr wünschen?

⁷ Klein, A. (2015): Grundlagen und Perspektiven guter Engagementpolitik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 65 (2015), H. 14/15, S. 11.

Dirk Wilking, Michael Kohlstruck (Hg.)

**Demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung
Einblicke V**

Ein Werkstattbuch

Gefördert durch:



© Februar 2016, Potsdam

Demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung
in Trägerschaft von „Demokratie und Integration Brandenburg e.V.“

Geschäftsstelle:

Zum Jagenstein 1

14478 Potsdam

Tel: 03 31/7 406246, 01 73 / 6489581

Fax: 03 31/7 406247

Email: geschaeftsstelle@big-demos.de

www.gemeinwesenberatung-demos.de

Redaktion: Kerstin Palloks, Berlin

Satz: Ralph Gabriel, Wien

Druck: Brandenburgische Universitätsdruckerei
und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH

ISBN 978-3-00-052262-8

Inhalt

Vorwort	7
<i>Markus Klein</i>	
Welche Probleme und Potentiale ergeben sich im Zusammenhang mit der Aufnahme von Flüchtlingen? Steuerung von kommunalen Diskursen	9
<i>Karin Lorenz/ Jürgen Lorenz:</i>	
In Brüssel summt es oder: „Tote Hose? Fehlanzeige!“ Sozialraumbeschreibungen – eine Chance zur Aktivierung und zur Bearbeitung von „weißen Flecken“	55
<i>Gabriele Schlamann</i>	
Demokratieimpulse im ländlichen Raum	73
<i>David Driese</i>	
Lebendige demokratische Strukturen. Beobachtungen und Empfehlungen für die Partizipation an politischen Prozessen in ländlichen Räumen	89
<i>Andrea Nienhuisen</i>	
Bürgerbündnisse in Zeiten gesellschaftlicher Veränderungen	103
<i>Nicola Scuteri</i>	
Zwischen rassistischer Mobilisierung und Willkommensinitiativen: Zur aktuellen Lage im Nordwesten Brandenburgs	139
<i>Susanne Kschenka</i>	
Die NPD und ihre Abgeordneten in den Kreistagen und kreisfreien Städten des Landes Brandenburg	155
<i>Dirk Wilking</i>	
Sorben/ Wenden und Rechtsextremismus	171

Michael Kohlstruck/ Alexander Lingk

Noch eine rechtsextreme Kleinstpartei:

Der „III. Weg“ in Brandenburg 199

Bildnachweis und Bildrechtsinhaber 223

Adressen des MBT 224